

zu neuer Macht berief, eine Kombination, die grundsätzlich die Revolution verneinte und damit dem Bürgerkrieg und der Wiedererhebung der Bourgeoisie den Weg bereitete.

Der 9. November schuf jene Koalitionsregierung, die im ersten Frühlingswegen der Revolution herortrat wie Dornröschen aus dem Rosenhag, um auf die Regierungskoalition des alten Reichstages offen zurückzugreifen und die Konterrevolution offen auf den Schild zu erheben. Denn im geraden Gegensatz zu dem Ziel und dem Willen der Revolution schraubte der 9. November den Inhalt der Revolution zurück. Mit der Berufung Scheidemanns und der Zulassung der Bourgeoisie war erklärt, daß die Revolution auf einen bloßen Wechsel der Regierungs- und Verfassungsform beschränkt bleiben sollte, sowie daß die Antastung der eigentlichen Machtposition der Bourgeoisie, der privatwirtschaftlich-kapitalistischen Grundlagen der Gesellschaft, außerhalb ihres

Programms lag, da dies die einzigen Bedingungen waren, auf die hin die Bourgeoisie in Regierung und Staatsverwaltung verbleiben konnte, mochte man diese Bedingungen am 9. November ausdrücklich formuliert haben oder dieser Formulierung ausgewichen sein. Die Bildung der Koalitionsregierung sprach vor aller Welt offen aus, welche Wendung der 9. November der deutschen Revolution gegeben hatte unter der entscheidenden und ausschlaggebenden Verantwortung der alten Partei und der bestimmenden, nicht minder entscheidenden und ausschlaggebenden Mitwirkung der Unabhängigen Sozialdemokratie, die das Vertrauen der Massen im selben Augenblick täuschte, wo sich, auf die siegreichen Massen gestützt, die Fortführung der Revolution durch die Organe der Revolution sichern, wo sich die Ausschaltung der Bourgeoisie in vollem Umfange durchsetzen und gegen deren Hilfsbestimmene in der alten Partei erzwingen ließ.

Notizen.

Der Jahresbericht 1920/21 der Fichte-Gesellschaft e. V. Hamburg, liegt im Mitteilungsblatt Nr. 4 vor. Er beginnt mit der zweiten Fichte-Tagung in Hamburg und entrollt ein umfassendes Bild von der Tätigkeit dieser Kulturbewegung. Aus den einzelnen Arbeitsgebieten wird das Volksbildungswesen, die Arbeit des Bühnenaamtes, die Einrichtung des Jugendamtes, die Führerschule und das Presseamt besonders behandelt. Von der Gau- und Ortsgruppen-Arbeit wird in einem besonderen Abschnitt gesprochen. Die vielseitigen Einrichtungen dieser Gliederungen zeugen von dem Interesse, welches überall im Reiche den Gedanken der Fichte-Gesellschaft entgegengebracht wird. In unserem Schrifttum werden die Neuerungen der Fichte-Gesellschaft, die Schriftenreihen „Deutscher Geist“, „Deutscher Staat“ und „Deutsche Jugend“ erwähnt und deren Zweck erläutert. Aus einer Zusammenstellung der in den Zeitschriften der Gesellschaft „Dem deutschen Volkstum“, den „Jung-

deutschen Stimmen“ und dem „Neuen Bund“ erschienenen Aufsätze wird ersichtlich, wie weitverbreitet das Wirkungsgebiet der Fichte-Gesellschaft ist. Der Jahresbericht wird mit sonstigen Aufklärungsblättern an Mitglieder gegen 1 Mark von der Hauptgeschäftsstelle, Hamburg 36, Börschlieffach 124, versandt.

Hamburger Niederblatt, „Nieder der Landeser“, herausgegeben vom Jugendamt der Fichte-Ges. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle. Diese Nieder umfassen einen so inneren Teil unseres Selbst, daß wir fest mit ihnen verbunden sind, daß wir nicht mehr ablassen können vom Wandern und der ewigen Sehnsucht nach Sonne und Freiheit. In allen Jugendbünden wird man gern nach diesem Buch greifen.

Eingelaufene Druckschriften:

Dr. Adolf Köster: Können wir im Herbst 1918 weiterkämpfen? Verlag für Politik u. Wirtschaft G. m. b. H., Berlin W 35.

An die Abonnenten des „Volkswart“!

Von nun ab erscheint der „Volkswart“ im Verlage: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 30, Abendrothsweg 171.

Wir bitten deshalb alle Bezieger, den Bezug unverzüglich zu erneuern und die Abonnementsgebühr von M. 6.— für das kommende Quartal direkt an den Verlag zu senden.

Die Verbindung mit dem bisherigen Verleger A. Heil ist aufgegeben worden, um den Abonnenten den regelmäßigen Bezug des Blattes zu gewährleisten.

Alle für die Redaktion des „Volkswart“ bestimmten Sendungen wolle man an die folgende Adresse richten: Dr. H. Laufenberg, Altrahstedt bei Hamburg.

Redaktion und Verlag des „Volkswart“.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Heinr. Laufenberg, Altrahstedt.
Verlag: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 30.
Druck: Heinr. Koch, Glückstadt.

Hamburger Volkswart

Parteilose Halbmonatschrift für klassenlosen Aufbau und
revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang

Nr. 7 vom 15. November

1921

An die Leser des Volkswart!

Wir haben uns veranlaßt gesehen, den bisherigen Titel der Zeitschrift abzuändern und das Blatt von jetzt ab unter dem Titel

„Hamburger Volkswart“

erscheinen zu lassen.

In Köln am Rhein erscheint seit Jahren unter dem Namen „Volkswart“ ein Organ, das der Bekämpfung der Unzufriedenheit dient. Wir haben keinen Anlaß, dem Blatte Schwierigkeiten zu bereiten. Im übrigen ist es wünschenswert, daß beide Organe sich im Titel deutlich unterscheiden.

Schriftleitung und Verlag des „Hamburger Volkswart“

Dr. Heinrich Laufenberg.

Inhalt:

Der 6. November 1918.

Ein sozialdemokratischer Regierer.

Sturmvolk.

Anfrage an das Echo.

Kolonie Ungarn.

Landwirtschaft und Versailler Friede.

Alte Partei und Räte.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint am 15. und letzten eines jeden Monats.

Bezugspreis: Vierteljährlich Mk. 6.—. Bei betriebsweissem
Bezug ab 5 Exemplaren Mark 5.— pro Exemplar vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: Mk. 1.—.

Der 6. November 1918.

I.

F. W. Seit Anfang Oktober in Berlin eine Konferenz aller revolutionären Gruppen im Lande stattgefunden hatte, war ihre Propaganda systematisch unter dem Gesichtswinkel betrieben worden, daß der staatliche Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches nahe bevorstünde und daß deshalb alle Kräfte auf den kommenden Aufstand zu konzentrieren seien. Wenige Wochen später begann mit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie und der Aufrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte in Wien die deutsche Revolution. Im Reich selbst sah inzwischen die Regierung des Prinzen Max von Baden, in der Herr Scheidemann die Aufgabe hatte, die Interessen der deutschen Arbeiterklasse so fest als möglich mit dem Interesse der Hohenzollernschen Dynastie zu verknüpfen. Es bedarf infolgedessen keiner Versicherung, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands die sich ankündigende Revolution nicht wünschte, daß sie vielmehr bereit war, sie, sofern sie dazu in der Lage war, im Keime zu ersticken, und daß infolgedessen für die revolutionäre Bewegung alles darauf ankam, die Sozialdemokratie vor vollendete Tatsachen zu stellen, deren Wirkung sie sich weder entziehen konnte, noch die sie rückgängig zu machen in der Lage war.

Es ist bekannt, daß den ersten Anlaß zur Erhebung der Befehl an die Flotte zum Auslaufen gegen die englische Küste gab. Schon am 3. November entspannen sich in Kiel große Gesechte zwischen Matrosen, die sich weigerten, auf die Schiffe zurückzukehren, und Militärpatrouillen, die den Auftrag hatten, den Widerstand der Mannschaften gewaltsam aus dem Wege zu räumen. Am 4. November zerbrach nach heftigen Gesechten in Kiel die Autorität der Militärgewalt. Matrosen- und Soldatenräte entstanden, auf den Schiffen wurde die rote Fahne gehißt, die Arbeiterschaft trat in eine Unterstützungsbewegung ein. Während von allen Garnisonen Schleswig-Holsteins Mannschaften zur Niederwerfung der Revolte herangezogen wurden, begab sich von Berlin Herr Noske nach Kiel, um für das kaiserliche Regiment zu retten, was zu retten war. Aber die Bewegung war weit davon entfernt, sich

auf eine lokale Matrosenrevolte zu beschränken. Dem Zusammenbruch des imperialistischen Staatensystems, das sich um Deutschland gruppiert hatte, mußte der Zusammenbruch der inneren Staatsgewalt in den einzelnen Ländern folgen, und schon war allgemein unter den Truppen die militärische Autorität zu stark erschüttert, als daß sich Mannschaften zu einem ernsthaften Kampf gegen den Aufstand in Kiel hätten bereit finden lassen. So gaben alle gegen Kiel entsandten Kontingente den Aufforderungen der revolutionären Matrosen und Soldaten zufolge die Waffen ab und kehrten in ihre Garnisonen zurück, wo in den nächsten Tagen die militärische Autorität gleichfalls zusammenbrach.

In Hamburg hatte schon seit den Waffenstillstandsverhandlungen die Stimmung auf den Werften für die kaiserliche Regierung bedrohliche Formen angenommen. Als am 3. November Arbeiter aus Kiel Gerüchte mitbrachten, daß in den Straßen dieser Stadt Gesechte stattfänden, bemächtigte sich der Arbeiterschaft eine gewaltige Erregung. Am folgenden Tage, als die Presse die Nachricht bestätigte, wurde auf der Vulkanwerft schon für die Stilllegung des Betriebes Propaganda gemacht. Tags darauf kam es auf der gleichen Werft zu tumultuarischen Auftritten, die der Regierung so gefährlich erschienen, daß militärische Maßnahmen gegen die Werften beraten wurden. Wiederum erschien die sozialdemokratische Partei als das geeignete Organ zur Niederhaltung der drohenden Revolution, und so konnte um 12 Uhr der Distriktskommissar Zufall seiner Behörde berichten, daß Stubbe, Stolten und Henze zum Generalkommando berufen seien, während am gleichen Tage Herr Koch, der damalige Ortsleiter des Metallarbeiterverbandes, Beratungen mit den Eisenindustriellen wegen der Arbeitsmöglichkeit infolge der Demobilisierung abhielt.

Inzwischen setzte sich seitens der Vulkanwerft eine Delegation von Arbeitern mit dem Gewerkschaftshause in Verbindung, um zu erfahren, wie sich die Herrschaften dort die weitere Entwicklung vorstellten. Herr Richter vom Metallarbeiterverband tat am Telefon, als wenn er von der ganzen Bewegung nichts wisse und ersuchte um Aufklärung. Als er auf die Presse

verwiesen wurde, bemerkte dieser edle Sachwalter der Arbeiterklasse, er hätte soeben vom Generalkommando den Bescheid erhalten, daß die Behörde davon unterrichtet wäre, daß auf den Werften alles drunter und drüber ginge. Es sollten die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden, um die Unruhen zu dämpfen. Eine von der Delegation zu 3 Uhr nachmittags einzuberufende Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung wurde abgelehnt. Als diese Versammlung dann dennoch zustande gebracht wurde dadurch, daß die Arbeiterdelegation von Betrieb zu Betrieb ging, um die Delegierten zu bestellen, hatten sich zu dieser Sitzung auch die Herren Henze, Große, Richter und Stubbe eingefunden. Vermutlich empfanden sie das Bedürfnis, im Einklang mit den ihnen im Generalkommando gemachten Anweisungen sowie in Unterstüßung der von ihren Freunden Scheidemann und Noske betriebenen konterrevolutionären Politik für die Einseifung der Arbeiterschaft von Hamburg zu tun, was in ihren Kräften stand. Die Herren verhielten sich zunächst ablehnend, bekannten sich aber ausdrücklich zur Tendenz des Hamburger Echo, das noch wenige Tage vorher in der pöbelhaftesten Form linksradikale Bemerkungen beschimpft hatte, weil sie „anonym zum Aufstand hetzen“. Herr Große verkündete die für einen angehenden Revolutionsgewinnler immerhin eigenartige Weisheit, daß „unter den jetzigen Umständen, wo der Feind vor der Tür stehe, die Revolution eine Idee aus dem Tollhause sei.“

Noch während der Versammlung wurde bekannt, daß entgegen der ursprünglichen Verweigerung der von den Vulkanarbeitern geforderten Delegiertenversammlung das Gewerkschaftskartell zu 5 Uhr dennoch eine offizielle Sitzung der Delegierten und Vertrauensleute für ganz Hamburg einberufen, die dann auch pünktlich im Musiksaal des Gewerkschaftshauses eröffnet wurde. Den Vorsitz führte Herr Henze. Vertreter der Vulkanwerft gaben die Erklärung ab, daß die Arbeitermassen nicht mehr zu halten seien, worauf Herr Henze plötzlich offenbarte, daß das Kartell sich an die Spitze der Bewegung stellen wolle; er mache aber zur Bedingung, daß nichts unternommen werden dürfe, bevor eine neue, durch die Presse zu berufende Versammlung sämtlicher Delegierten und Vertrauensleute von Hamburg-Altona Stellung genommen habe. Die Absicht ging dahin, den für den nächsten Tag drohenden Streik, der von den Arbeitern als Sympathiestreik für die revolutionäre Marine gedacht war, unter allen Umständen zu verhindern. Daß dieser saubere

Plan scheiterte, ist ein Verdienst der unabhängigen sozialdemokratischen Partei; deren anwesende Delegierte erklärten, daß am gleichen Tage eine öffentliche Volksversammlung mit dem Abgeordneten Dittmann als Redner stattfinden und daß in dieser Versammlung der Sympathiestreik unter allen Umständen beschlossen werden würde. Kurz vor Schluß der Versammlung, die die Vertreter der U. S. P. verlassen hatten, — Linksradikale waren nicht da, weil sie im Zuchthause oder im Gefängnis saßen, soweit sie nicht Soldaten waren — erschien plötzlich der famose Ortsleiter des Metallarbeiterverbandes, Herr Koch, wie üblich im ange-trunkenen Zustande, auf der Bildfläche, um gegen den Streik zu hetzen und „eine große Sache“ anzukündigen. Es werde eine Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer mit den Arbeitnehmerverbänden hergestellt werden und diese dürfe man doch nicht stören. Herr Henze ärgerte sich über die Tölpelhaftigkeit seines Kollegen, packte ihn am Arme und zerrte ihn hinter die Bühne. Nach kurzer Zeit erschienen sie wieder und waren gute Freunde. Herr Koch hatte offenbar begriffen, daß es nicht klug war, solch große Sachen vorzeitig auszulapfen.

Bevor die Versammlung auseinander ging, erschienen einige Matrosen als Abgesandte aus Kiel. Sie baten die Arbeiterschaft von Hamburg, sie nicht im Stich zu lassen, denn ohne Hamburg sei Kiel verloren. Die anwesenden Bonzen stellten sich taub; Herr Stubbe zuckte mit den Achseln und ging fort.

Inzwischen waren in Hamburg alle Wachen verstärkt worden. Von Hamburg nach Kiel wurde kein Zug abgelassen. Die Folge war, daß durchreisende Matrosen nicht zu ihren Schiffen zurückkonnten und sich im Hamburger Hauptbahnhofe und in seiner Nähe in größeren Massen sammelten. Schon am frühen Abend wurde unter ihnen eifrig diskutiert, Infanteristen schlossen sich an, überall bildeten sich lebhaftige Gruppen. Zu bemerken ist, daß in jener Zeit die Mannschaften auf den Wachen noch fest in den Händen ihrer Vorgesetzten waren, daß sie ihre dienstlichen Befehle mit der üblichen Präzision ausführten, daß aber freilich weder sie noch ihre Vorgesetzten besonders große Lust erkennen ließen, in bewaffnete Kämpfe mit Aufständischen verwickelt zu werden.

Die abends im Gewerkschaftshause stattfindende Volksversammlung, in der der Unabhängige Dittmann als Hauptredner sprach, war überfüllt und voll revolutionärer Begeisterung. Die Parole, am kommenden Tage in einen Sympathiestreik einzutreten, wurde mit stürmischer Zustimmung aufgenommen. Nach

Stimmann sprachen außer einigen Parteirednern noch Soldaten und Matrosen. Alle bezeugten unter brausendem Beifall der revolutionären Marine ihre Solidarität. Die Versammlung selbst hatte schon dadurch ein außergewöhnliches Gepräge, daß truppweise Matrosen und Soldaten in den Saal hineindrängten, und daß schließlich eine Anzahl Infanteristen erschien, die aus dem Untersuchungsgefängnis in der Bundesstraße ausgebrochen waren. Wieder ist charakteristisch, daß in der Versammlung selbst von einem bewaffneten Aufstand in Hamburg mit keinem Worte die Rede war. Doch hatte dieser inzwischen mit Taten bereits begonnen.

II.

Die in Gruppen versammelten Matrosen und Soldaten hatten sich nicht allzulange mit müßigem Diskutieren aufgehalten. Sie entwaffneten in später Abendstunde die Wache am Hauptbahnhof und zogen in bewaffneten Trupps durch die Straßen, deren Bild sich nun rasch änderte. Von allen Seiten tauchten plötzlich Waffen und Bewaffnete auf. Soldaten verließen die Kaserne und schlossen sich an. Einzelne gehende Polizisten und Patrouillen wurden entwaffnet, Waffenlager ausfindig gemacht und die Waffen an Arbeiter ausgegeben. Ein Trupp von Matrosen unter Führung des Matrosenmaates Zeller begann, die Schiffe im Hafen zu revolutionieren. Offiziere waren nicht anwesend, die Mannschaften schlossen sich ohne weiteres an. Gegen Morgen wurde mit Maschinengewehren der Elbtunnel besetzt, vom Hauptbahnhof zum Gewerkschaftshaus eine dichte Postenkette gezogen, Waffen im Gewerkschaftshaus aufgestapelt, Maschinengewehre auf Lastwagen montiert, im Gewerkschaftshaus eine Art Hauptquartier aufgeschlagen. Am Morgen des 6. November waren alle Stadtviertel in Hamburg jenseits der vom Hauptbahnhof nach dem Berliner Tore führenden Stadtbahn derart von Aufständischen beherrscht, daß dort kein Polizist, kein Offizier, kein Vertreter der Staatsgewalt mehr zu sehen war, und daß bewaffnete Arbeiter und Soldaten mit roten Abzeichen völlig die Straße beherrschten.

Sollte diese sich gigantisch ankündigende Aufstandsbeziehung nicht von vornherein der Zersplitterung verfallen, so war dringend erforderlich, daß ihre revolutionären Kräfte zu einem einheitlichen Stoß zusammengefaßt wurden. Von einer revolutionären Führung war bis zu dieser Stunde wenig zu erkennen. Die Unabhängigen hatten einen „Sympathiestreik“ beschlossen, hatten auch von Arbeiter- und Soldatenräten geredet, aber diese sollten im

Rathause Forderungen stellen, während inzwischen sich in Einzelaktionen bewaffneter Gruppen in der Stadt der Aufstand erhob. Sollte der Aufstand mehr sein als eine Revolte, sollte er neben seinen negativen Zielen der Zertrümmerung der militärischen Autorität, auch ein positives revolutionäres Ziel erhalten, so kam alles darauf an, von vornherein die Bewegung so zu leiten, daß aus ihr sich eine neue revolutionäre Staatsautorität entwickeln konnte. Von diesem Gedankengange ausgehend, übernahm nunmehr im Gewerkschaftshaus Wolffheim, der als Soldat aus Flensburg erschienen war, eine Art Oberbefehl über die dort versammelten bewaffneten Matrosen, Soldaten und Arbeiter. Er vereinbarte mit den Wortführern der Matrosen und dem Genossen Friedrich Peter, der ein Maschinengewehr, das auf einem Lastwagen montiert war, führte, daß sich um 10 Uhr die Bewaffneten unter Zurücklassung der notwendigen Sicherungen in geschlossenem Zuge nach dem Heiligengeistfeld in Bewegung setzen sollten, wohin die Unabhängigen um 12 Uhr mittags eine Demonstrationsversammlung einberufen hatten. Der Plan ging dahin, die Kasernen vorläufig liegen zu lassen und vom Heiligengeistfeld aus das Generalkommando zu stürmen, in dem die ganze staatkliche Gewalt des alten Systems verkörpert war. Die Kasernen bildeten für den bewaffneten Zug keine Gefahr, weil zwar Offiziers- und Unteroffiziersposten die Tore besetzt hielten, die Mannschaften aber zum Verweilen in den Stuben verurteilt waren, da die Vorgesetzten sehr wohl wußten, daß sie darauf brannten, sich der Bewegung anzuschließen.

Während nun ein starker geschlossener Zug von Bewaffneten nach dem Heiligengeistfeld marschierte, ergossen sich dorthin große Züge streikender Arbeiter, die zur Demonstrationsversammlung gingen, und Schwärme von Bewaffneten, wie sie in allen Teilen der Stadt in jenen Stunden zu sehen waren. Fast in ganz Hamburg waren bis gegen 12 Uhr mittags die Polizeiwachen entweder gestürmt oder entwaffnet, oder zum mindesten die Polizei von den Straßen vertrieben. Offiziere waren entwaffnet und gezwungen worden, ihre Abzeichen abzulegen. Einer der großen Schwärme von Bewaffneten, die nach dem Heiligengeistfeld zogen, erzwang sich den Eintritt in das Untersuchungsgefängnis, um die politischen Gefangenen zu befreien. Daß dabei auch eine Anzahl krimineller Verbrecher, darunter der Raubmörder Ebert, ihre Freiheit wenigstens zeitweilig wiederfanden, liegt in den Umständen begründet.

Auf der Rampe des Untersuchungsgefängnisses versuchte im Auftrage des Generals von Falk ein Hauptmann in voller Uniform Verhandlungen

zwischen den Aufständischen und dem Generalkommando in die Wege zu leiten. Es wurde ihm indessen bedeutet, daß der General von Falk die Zeit verpaßt hätte, in der ihm Gelegenheit genug geboten gewesen sei, mit seinen Soldaten zu verhandeln. Sie hätten jetzt Wichtigeres zu tun, aber der kommandierende General würde schon bemerken, wenn sie kämen. Der Hauptmann erklärte, der General wüßte Blutvergießen zu vermeiden, um zu erfahren, daß eben dies auch der Wunsch der Soldaten sei. Er möge seinem General sagen, daß die Soldaten und Arbeiter die Waffen nur zu ihrem Selbstschutze trügen, daß sie sie aber zu gebrauchen wissen würden, wenn man sich unterfehen sollte, sie anzugreifen oder ihnen Widerstand entgegenzusetzen.

Bevor auf dem Heiligengeistfeld die Reden begannen, stellte sich aus der 31er Kaserne eine Gruppe von Soldaten ein, die die Meldung überbrachte, daß die Kaserne sich der Bewegung angeschlossen hätte, und daß die Offiziere von allen Funktionen suspendiert seien. Zugleich stellte sich eine Gruppe aus der Militärmusik der 31er zur Verfügung. Kurz nach 12 Uhr mittags begannen die Reden. Das Feld war von einer unübersehbaren Masse besetzt, unter der sich Tausende von Bewaffneten befanden. Als Rednertribüne diente der Scheinwerfer, von dem die rote Fahne herabwehte. Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, wo es sich darum handelte, Streik, Demonstration und bewaffneten Aufstand zu einer einheitlichen Aktion zusammenzufassen, um zu bewirken, daß aus dem Aufstand in Hamburg ein entscheidender Sieg

der deutschen Revolution wurde. Es konnte sich deshalb nicht darum handeln, wie die Unabhängigen beabsichtigten, zu einem Demonstrationszuge nach dem Rathause anzutreten, um dem Senat und der Bürgerschaft „Forderungen“ zu übermitteln. Es handelte sich darum, die bestehende Staatsgewalt endgültig zu zerschlagen. Deshalb wurde von der Rednertribüne aus zum Ausdruck gebracht, daß nach der zusammengebrochenen Revolution des Jahres 1848 jetzt dem Volke die Schicksalsstunde geschlagen habe. Wieder wie damals bestehe die Gefahr, daß mit scheindemokratischen Methoden der Bewegung das Rückgrat gebrochen werde. Die sogenannte Volksregierung des Herrn Scheidemann sei ein Schwindel der gleichen Art, wie im Jahre 1848 die Vereinbarerversammlung des preussischen Landtages, und wieder gelte das Wort Ferdinand Freiligraths an das revolutionäre Volk: „Laß deinen Ruf: die Republik!“ die Glocken überdröhnen, die diesem allerneuesten Johanneschwindel tönen. Die revolutionäre Bewegung, die jetzt ihrem Sieg entgegenstehe, verfolge das gleiche Ziel wie seit hundert Jahren: Gegen die Fürsten, gegen die Kleinstaaterei, gegen die deutsche Zerrissenheit, für die Einheit und Freiheit des Volkes, für die Befreiung von jeder Tyrannei, von kapitalistischer Knechtschaft im Innern und von außen. Wieder löse wie damals in Wien ein flammendes Janal. Nicht dürfe wieder jenes Wort Wahrheit werden, mit dem der Dichter der Revolution von 1848 das schlafende Deutschland empor zu reißen versuchte zum Freiheitskampfe für Wien:

Ja, Deutschland, ein Erheben! Ja, Deutschland, eine Tat!
Nicht, wo im roten Dolman einherprengt der Kroat,
Nicht, wo vom Huf der Kofse das Donauufer bebt,
Nicht, wo am Stephansturne der weiße Rauch sich hebt,
Nicht, wo aus Sklavenmörsern die Brandraketen sprühen —
Nicht dorthin, ernster Norden, gewaffnet sollst du ziehn!
Nicht dorthin sollst du pilgern zur Hilfe, zum Entsatz —
Allwärts, um Wien zu retten, stehst Du an deinem Platz!
Räum auf im eignen Hause! Räum auf und halte Stach —
Den Jellachich zu jagen, wirf deinen Jellachich!
Ein dreister Schlag im Norden ist auch im Süd ein Schlag;
Nach fallen unser Dmütz, und Dmütz raffelt nach!

Der Herbst ist angebrochen, der kalte Winter naht —
O Deutschland ein Erheben, o Deutschland eine Tat!
Die Eisenbahnen pfeifen, es zuckt der Telegraph —
Du aber bleibst gelassen, du aber bleibst im Schlaf!
Beim Todeskampfe der Riesin dastehst du wie von Stein —
Alles, wozu du dich ermannst, ein kläglich Bravoschrein?

Schon hat der revolutionäre Funke in Kiel gezündet. In Hamburg aber fällt die Entscheidung nicht für den deutschen Norden, sondern für das ganze deutsche Reich. Wer den Sozialismus will, wer den Kommunismus will, wer die Freiheit des Volkes, des freien Volkes in Waffen will, der stimme ein in den Ruf: Es lebe die sozialistische Republik!

Anschließend machte der Unabhängige Düwells den Vorschlag, sich für die Zwecke der revolutionären Bewegung des Echo zu bemächtigen und die Redaktion zu zwingen, die Hälfte des Blattes der Leitung der revolutionären Bewegung zu übergeben. Nichts kennzeichnet besser die Stimmung der versammelten Masse als der fast einstimmige Ruf: das ganze Echo! mit dem dieser Vorschlag beantwortet wurde. Damals inmitten des Gluthauches der Revolution wußten die Proletarier von Hamburg, daß die Revolution verraten sei, wenn es jemals den Echomännern wieder gelänge, entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

III.

Sodann wurde die Anordnung getroffen, daß sich ein militärischer Zug mit der Spitze in der Richtung nach der Reeperbahn formiere zu dem Zweck, das Generalkommando zu stürmen und von dort aus die Besetzung der Stadt zu vollenden. In Voraussicht kommender Straßenkämpfe erging die Parole: Matrosen an die Spitze, Infanterie anschließend, hierauf bewaffnete Arbeiter und am Schluß die Demonstranten. Mit wunderbarer Präzision vollzog sich der Aufmarsch. Die Musikkapelle ging in Schleißen, um ein Aufschließen in Gruppen zu ermöglichen. Matrosen sprangen, die Gewehre in den Händen, an die Spitze des Zuges und sorgten dafür, daß kein Zivil sich zwischen die Uniformierten mischte. Dann setzte sich, während die Kapelle spielte, der gewaltige Zug in Bewegung. Eine Spitze voraus mit entschärften Gewehren, Seitenpatrouillen zwischen Spitze und Zug, und vor der Musikkapelle etwa noch ein Duzend Gruppen von Soldaten und Matrosen — so ging es auf die Reeperbahn zu. Die Fenster der Arbeiterwohnungen flogen auf und mit Hurra und Lärmschreien wurde die marschierende Revolution begrüßt. Raun in der Reeperbahn angelangt, erhielt die Spitze des Zuges Feuer aus Häusern. Hier zeigte es sich, wie nötig es war, daß die demonstrierenden Zivilisten aus der Schar der Bewaffneten ferngehalten werden. In unglaublicher Geschwindigkeit war die Straße geräumt, rechts und links stürzten die Soldaten in die Häuser, um von den gegenüberliegenden Fenstern aus das Feuer der Gegner niederzukämpfen. Zweimal erlitt der

Zug auf diese Weise Verzögerungen. Als er sich endlich in guter Ordnung dem Generalkommando näherte, und als Beauftragte sich in das Gebäude begaben, um sich bei Herrn von Falk zu erkundigen, wie er sich der geänderten Sachlage gegenüber zu verhalten gedanke, war Herr von Falk mit seinem ganzen Stabe verschwunden und das Generalkommando geräumt. Es ist offenbar, daß die zwei Feuergefechte in der Reeperbahn den Zweck hatten, den herrannahenden Zug aufzuhalten, um dem Generalkommando Zeit zur Räumung zu lassen.

Mit der Flucht des kommandierenden Generals war der Sieg der Revolution im Bereich des ganzen 9. Armeekorps entschieden. Gelang es nicht von anderer Seite her, die kaiserliche Gewalt über dieses Territorium neu aufzurichten, so war der Zusammenbruch der Staatsgewalt im ganzen Reich besiegelt. Ganz unabhängig von Parlamentsbeschlüssen, formalen Abdankungsurkunden und den Abmachungen zwischen sozialdemokratischen Ministern und Ministeranwärtern auf der einen Seite und dem Reichskanzler Prinzen Mar von Baden auf der anderen. Die militärische Sicherung der vollzogenen Revolution in Hamburg war deshalb die dringendste Aufgabe des Augenblicks, neben der andere organisatorische und politische Dinge zurückzutreten hatten. Die Entwaffnung der Wachen, die Übergabe der Kasernen, die Besetzung aller Bahnhöfe und sonstigen Stützpunkte vollzog sich nun automatisch und ohne eine Direktive von irgend einer Seite. Während eifrige Parteijournalisten sich mit den Redakteuren des Echo auseinandersetzten und die rote Fahne als Organ der Revolution ins Leben riefen, wurde das Gewerkschaftshaus zum Mittelpunkt etwa nötiger militärischer Sicherungsaktionen. Als gegen Abend gemeldet wurde, daß Kavallerie von Wandsbek zum Angriff auf Hamburg heranrückte, standen vor dem Gewerkschaftshaus in kürzester Frist wieder an 2000 Mann in Gruppenkolonne unter den Waffen, die den Husaren und Dragonern entgegenrückten. Diese wagten keinen ernsthaften Kampf, sondern machten kehrt, und nun schlossen sich auch ihre Kasernen der Bewegung an.

Schon auf dem heiliggeistfeld war verkündet worden, daß mit einem glücklichen Aufstand alle bisher bestehende politische Gewalt aufgehört haben würde zu existieren, daß von da ab die politische Macht ausschließlich in den Händen der Räte läge. Unter der Militärdiktatur, wo die ganze politische Gewalt im Lande und im Heer bei den kommandierenden Generälen konzentriert gewesen war, hatten Senat und Bürgerschaft eine Exekutivgewalt nicht mehr

beseffen. Arbeiter- und Soldatenräte waren zur Lösung des Tages geworden, und niemand war verpflichtet zu wissen, daß die politischen Faktoren der Vorkriegszeit noch einmal durch Arbeiterparteien in ein kurzes Scheinleben zurückgerufen werden würden. Vom ersten Augenblicke an war völlig klar, daß über die Betriebe und durch die Truppenteile im Wege geordneter Wahlen die Räte zu bilden seien, und daß die sozialistische Republik keine andere Form annehmen würde als die einer organisch entstehenden Räterepublik. Wenn schon am Abend des 6. November sich ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat aus eigener revolutionärer Machtvollkommenheit bildete, so konnte diesem Organ der Revolution keine andere Aufgabe zufallen als die, geordnete Wahlen zu veranstalten und ein drohendes Chaos durch entsprechende Maßnahmen zu verhüten.

Der weitere Verlauf der Hamburger Revolution hat indessen schon am nächsten Tage erwiesen, daß die Einsicht in revolutionäre Notwendigkeiten nicht etwa bei den Massen, wohl aber bei ihren sozialistischen Führern herzlich gering war. Und wenn schon der Unabhängige Calweit, der damals an der Spitze der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Hamburg stand, es fertig brachte, den in der Revolution aufgetauchten, politisch völlig unbedeutenden und in Hamburg unbekanntem Matrosenmaat Zeller als bevollmächtigten Vertreter der revolutionären Armee sich beizugesellen, so braucht es niemand wunder zu

nehmen, daß die Führung sehr bald in die Hände jener gerissenen Politikanten überging, die, gestützt auf Herrn Noske in Kiel und ihre Ministergenossen im Reich sowie auf einen eingelaufenen Parteiapparat und eine weitverzweigte Presse, vom ersten Tage an kein anderes Ziel kannten als das, den vollzogenen Sieg der Revolution durch Verschweigen, Entstellen und Verfälschen der Tatsachen nicht in Erscheinung treten zu lassen. Jedem denkenden Politiker — und die Träger des alten Systems gehören nicht zu jener Art geistloser Amphibien wie ihre Nachfolger — mußte klar sein, daß nach dem Siege der Revolution in Wien der Sieg der Revolution in Hamburg das Ende einer Epoche bedeutete, die im Jahre 1848 begann und sich über 1866 und 1871 im November 1918 vollendete. Mit der militärischen Gewalt war die Fürstenmacht zertrümmert, mit der Beseitigung der Fürstengewalt war die Bahn frei für die Verwirklichung alles dessen, wofür in den Jahren 1813 und 1814, 1848 und 1849 die Besten gekämpft und geblutet hatten.

Was sozialdemokratisches Parteiklingeltum aus dem vollzogenen Sieg der Revolution zu machen wußte, um ein freies Volk in Waffen waffenlos der imperialistischen Raubgier des kapitalistischen Böllerbundes zur Verfügung und Ausfugung vorzumerfen, werden die folgenden Hefte des Volkswart darlegen.

Ein sozialdemokratischer Regierer.

L. u. W. Die Mitwirkung der Zentrums-partei kann nach dem Austritt der Demokraten aus der Regierungskoalition nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir uns im Reich jener Regierungsform genähert haben, die die Partei- und Gewerkschaftsböngzen aller Schattierungen schon lange als sogenannte reine Arbeiterregierung ersehen. Wie die sozialdemokratische Regierung nur möglich ist durch die Unterstützung, die sie bei dem organisierten Bonzentum der sogenannten "freien" Gewerkschaften findet, so sind auch in Zentrumspolitik seit der Revolution ausschlaggebend die christlichen Gewerkschaften, und der Zentrumsführer Wirth gleicht dem sozialdemokratischen Parteidemagogen Scheidemann wie ein quakender Frosch dem andern. All ihren pathetischen Gesten zum Trotz voll sich diese Herrschaften indessen darüber vollständig klar, daß

sie dem Zusammenbruch entgegenreiben, und sie werten den Auszug der Demokraten als eine Flucht von Ratten, die vom sinkenden Schiffe stürzen. Bei dem absoluten Mangel an politischem Wesen, durch den sich besonders die sozialdemokratische Partei auszeichnet, während die politischen Köpfe des Zentrums es längst aufgegeben haben, sich an der Regierungsgroteske zu beteiligen, kann es nicht wunder nehmen, daß die geschäftigen Parteiböngzen der S. P. D. nunmehr in allen Ecken und Winkeln ihrer Trödelbude herumkrämen, um noch irgend ein Stüch Möbel aufzustöbern, das sie "für neu" zur Schau stellen können. Diesmal ist der Doktor Adolf Rößler die Attraktion. Nachdem aber einmal der Scheffel sortierelikt ist, unter dem bisher verdienntermaßen diese Leuchte schmelte, wird es uns gestattet sein, die seither von ihm entwickelten

Schwaben zu zerstreuen, damit ein geneigtes Publikum dem sozialdemokratischen Prunkstück die gebührende Reverenz erweisen kann.

Auch Herr Dr. Adolf Köster war einmal ein Patriot. Das war damals, als der Patriotismus nichts kostete, und als begeisterte Kriegsoverherrlichung erwünschte Gelegenheit gab, die eigene kostbare Leblichkeit bei gutem Verdienste dem geliebten Volke als Kriegsberichterstatter sicher zu stellen. Warum auch nicht? Wenn es der großen Trompete Scheidemann vergönnt wurde, als Gast im Kaiserlichen Hauptquartier zu Brüssel sich mit Gedanken austauschen zu lassen, weshalb sollte da ein frecherer junger Mann wie Dr. Köster sich nicht beeilen, seine Kultidienste einer Heeresleitung anzubieten, über deren Methoden der Pressezensur und Tendenzmeldungen das „Hamburger Echo“ sich heute bequem und gefahrlos entziehen kann, nachdem es die langen Jahre hindurch vergnügt und gewissenlos die Tendenzberichte seines Hofschornmalisten Adolf Köster einer naiv-gläubigen Arbeiterleserschaft als patriotische Wahrheiten aufgetischt hat. Wurde dieser ergebene Zwischenträger der Heeresleitung einmal zur Dämpfung der gegen den Krieg gerichteten Oppositionen nach Hamburg beurlaubt, so trat er hier auf in der Pose eines Mannes, der bis in die Einzelheiten eingeweiht war und mit geheimnisvollen Andeutungen über Dinge, die er zwar wisse, aber aus vaterländischem Pflichtbewußtsein nicht mitzuteilen vermöge, jene Siegeszuversicht vortäuschen half, die mehr zur Verlängerung des Krieges beigetragen hat, als es alle imperialistischen Raubansprüche allein vermocht hätten.

Aber es kam die Zeit, wo die Kaiserliche Macht glaubte, sich auf die Arbeitermassen im Lande dadurch stützen zu können, daß sie den in den Klubesseln der Kriegsgewinnler und Finanzherren warm gewordenen Bonzenklüngel der Sozialdemokratie in ihre Regierungskreise einbezog. Und das mußte der Anfang vom Ende sein, denn in dem Augenblick, wo Reptilien wie Scheidemann, Müller, Winnig, Parvus und ähnliche Fierden an die Macht gelangten, war es klar, daß sie bereit sein würden, alles zu verraten, was sie bis dahin angebetet hatten, und sich denen an den Hals zu werfen, gegen die sie bis dahin mit allen Mitteln die Volksinstinkte aufgepeitscht hatten. Da kam auch des Dr. Adolf Köster große und glückliche Zeit.

Wo und wie dieser „Revolutionsminister“ die Revolution verbrachte, hat die Historie bisher nicht vermeldet. Als aber die Revolution niederkämpft, als Volk und Land der Raubgier des Völkerbundes preisgegeben war, als es sich um die Entwaffnung und Zerstückelung Deutschlands

handelte, da erschien dieser Kriegsberichterstatter und Kriegsoverherrlicher a. D. als Kriegsgewinnler und politischer Schieber neben seinem Herrn und Meister vereehrten Vorbilde aus Buttenhausen, Herrn Mathias Erzberger, auf der Bühne der großen Politik, um als gehorsamer Kuli das einträgliche Geschäft der Auslieferung Nord-schleswigs an Dänemark zu betreiben. Von welchen grundgescheiten Gedanken er sich dabei leiten ließ, darüber gibt niemand so objektive Auskunft, als Herr Dr. Köster, Czjellenz und gegenwärtiger Reichsregierer, höchstselbst. Er enthielt unserm Gewährsmanne gegenüber den tiefen Sinn seiner Politik, indem er die Weisheit zum besten gab, Dänemark werde einen Teil von Nord-schleswig erhalten. Da sich das nun einmal nicht vermeiden lasse, sei es wünschenswert, daß es einen möglichst großen Teil bekomme, damit eine recht starke deutsche Minderheit in der Lage sei, die dänische Politik zu beeinflussen.

Fürwahr! Wir gratulieren der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu diesem Stück Möbel, das sie soeben aus ihrer Kumpelkammer hervorgeholt hat. Wir gratulieren dem deutschen Volk und dem deutschen Land, daß es noch Kronen zur Verfügung hat, sie solchen Männern aufs Haupt zu stülpen. Wir gratulieren dem Völkerbund, der seine verwegensten Ziele zünden sieht in Deutschlands herrlichsten Gestalten. Der Revolution aber ein schmerzliches Beileid aus tiefverwundeter Seele. Fahre wohl, nationale Konsolidierung! Aho ihr Gedanken an den kommenden Zustand des Volkes wider seine Schlächter! Die Revolution ist bankrott, sie ist tot und begraben. Alle Gegensätze in Politik und Wirtschaft lösen sich spielend. Wo Du hinhauchst, Herr, da plagen alle Seifenblasen. Alle Menschen werden Brüder, wo Dein holber Flügel weilt. Du hast das Rezept erfunden, um die völkerbeglückende Idee in die Wirklichkeit zu überflühren: Nie wieder Krieg! Einfach genug ist es, und die Zeit wird schon kommen, wo Du als Reichskanzler Gelegenheit finden wirst, der staunenden Welt die Kolumbuseier auf den Tisch zu stellen. Ist es auch vermessene, so wollen wir es dennoch wagen, Deine erhabenen Gedanken voraus zu ahnen: Geben wir von Oberbergschlesien so viel als möglich an die Polen, damit dort der deutsche Einfluß gestärkt werde! Tyrol und Steiermark müssen an Italien kommen, nur so werden die italienischen Genossen in der Lage sein, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um einen neuen Krieg gegen Deutschland zu verhindern. Deutsch-Osterreich gehört zu Ungarn, denn schon erdröhnen dort die Schlachttrompeten! Nicht nur Memel, nein, auch Königs-

berg mitsamt dem übrigen Ostpreußen falle an Litauen, denn ein kleines Land wie Litauen kann keinen Krieg führen, würde Hamburgs sozialdemokratische Regierungszierde, der Senator Genosse Grünwald, sagen! Aber damit ist es nicht genug! Wenn Hannover englisch ist, wenn Süd-deutschland französisch ist, wenn Nordwestdeutschland zu Belgien gehört, wenn Berlin Polens zweite Hauptstadt ist, wenn von Deutschland nichts mehr übrig ist, dann endlich ist der Weltfrieden gesichert. Niemand wird wieder gegen Deutschland zu Felde ziehen, kein mißwärtiges Revanchegeschrei wird des weisen Adolf Köster

Ihr beleidigen, und er wird es sein, von dem die Nachwelt singen und sagen wird, daß er der Sozialdemokratie Programm verwirklichte: Brot, Freiheit und Frieden!

So werden die Deutschen also den herrlichsten Zeiten entgegengeführt. In allen Ländern sitzen sie und werden dort die Politik beeinflussen. Dem deutschen Reichsminister Dr. Adolf Köster aber und denen, die ihn auf seinen Platz beriefen, wollen wir raten: Sehen Sie, meine Herren, hinein in die Jrenhäuser! Dort werden Sie den Geist beherrschen.

Schwedisches Soldatenlied.

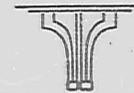
Von F. von Heidenstam.

Kameraden, die Trommel geschlagen!
Hurra fürs Volk und fürs Land —
Für den Reichstag, wo Schafsköpfe tagen,
Die stets nur dasselbe sich sagen,
Und redlich mit Steuern uns plagen,
Und vollschmier'n Foliant um Foliant?

Doch — gilt's für die Heimat zu sterben,
Sind Brüder wir alle zugleich,
Die viel und die wenig einst erben,
Die Vermögenden des Glücks und die Herben,
Du, Heimat, Du sollst nicht verderben,
Dich schützen wir, schwedisches Reich.

Kameraden, die Trommeln erdröhnen,
Auf! Adler der Heimat, nun flieg!
Zum Angriff die Hifthörner tönen,
Vermundete, Sterbende stöhnen,
Doch — heilig aus stürmenden Söhnen
Rauscht lichtwärts Volk, Heimat und Sieg.

Verdeutschet von Hans Godwin Grimm.



Sturmvolk.

Wir erhielten durch den Bund der Kommunisten das folgende Schreiben zugestellt:

Hamburg, den 1. November 1921.

Dem Bund der Kommunisten
3. Bd. von Genossen Wolffheim,
in Hamburg.

Der Jugendbund „Sturmvolk“ hat beschlossen, sich voll und ganz in den Dienst der national-revolutionären Bewegung, die sich im B. d. K. verkörpert, zu stellen. Unter Wahrung unserer Eigenart und Organisation bitten wir hiermit, uns als die Jugendbewegung des Bundes der Kommunisten anzuerkennen.

Unsere Zeitschrift „Sturmvolk“ steht für Beiträge von Seiten des B. d. K. jederzeit offen.
Stempel.

J. A. Hans Goldwin Grimm
Sepp Fürstenau Ernst Behm
Deutsch-Österreichischer Kreis. Reichsdeutscher Kreis

In der Mitgliederversammlung des Bundes der Kommunisten in Hamburg, die am Montag, den 7. November 1921 stattfand, wurde der organisatorische Zusammenschluß vollzogen.

Zur Kennzeichnung der Sturmvolkbewegung veröffentlichen wir die folgenden Richtlinien dieser Organisation:

Anfrage an das Echo.

L. u. W. Daß der frühere Vorsitzende des Bürgerbundes, Hermann Abel, nach Unterschlagung einer dem Bürgerbund gehörigen Summe von rund 95 000 Mark aus seiner Organisation ausgegliedert und der Staatsanwaltschaft übergeben worden ist, hat das „Hamburger Echo“ mit einem Triumphgeheul seinen Lesern bekanntgegeben. Wir erlauben uns deshalb, an das Organ der Hamburger Regierung die folgende Anfrage zu richten:

Wiedel hat der Genosse Schaumburg, als er noch Schriftführer des Stoltenischen Wahlkreises war, der Buchhandlung von Tuer & Co., bei der er angestellt war, unterschlagen, wobei zu berücksichtigen ist, daß 95 000 Mark heute einem Goldwerte von ungefähr 2000 Mark entsprechen? Ist es richtig, daß trotz der ausgedehnten Unterschlagungen des Genossen Schaumburg die Sozialdemokratische Partei von Hamburg sich damit begnügte, den Genossen stillschweigend von seinem Posten zu entfernen, ohne ihn der

„Wir sind keine Wandervogel, weil uns das Wandern und seine Romantik nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist.“

Wir sind keine Freideutschen, weil wir der Reihner-Formel „vor eigener Verantwortung“ die Formel „verantwortlich der Gemeinschaft und der Zukunft“ hinzufügen.

Wir sind keine Jungdeutschen, weil wir die Volksgemeinschaft nicht voraussetzen, sondern erstreben.

Wir sind keine unpolitische Jugendbewegung, weil unser Ziel, die Volksgemeinschaft, nur mit politischen Mitteln zu erreichen ist.

Wir sind keine Parteijugend, weil wir in den Parteien und der Parteisuchung das Erb-übel der Deutschen bekämpfen.

Wir sind kein Club von Lebenserneuerern, weil wir Enthaltsamkeit von Rauf- und Rauch- giften nicht zwangsweise fördern, sondern aus dem Geist unserer Gemeinschaft erwachsen lassen.

Wir sind weder ein christlicher, noch ein mon- nistischer Jünglingsverein, weil für uns Religion nicht Lehre, sondern Lebensführung ist.

Wir sind weder bürgerliche noch proletarische Jugend; beide Begriffe haben in der Revolution keinen Sinn; wir sind einzig und allein:

deutsche revolutionäre Jugend.

Wir sind Sturm-Volk.

Staatsanwaltschaft zuzuführen? Und wenn dies richtig sein sollte, lag vielleicht für den Genossen Schaumburg ein Milderungsgrund darin, daß es nur Arbeitergroßen waren, die er unterschlug, Gelder also, die nach seiner und seiner Freunde Auffassung so wie so keinen andern Zweck haben als den, ein schmarozendes Bonzenpack auf Kosten der Arbeiter großzufüttern?

Ist es ferner richtig, daß ebenderjelse Genosse Schaumburg heute für würdig erachtet wird, einen bezahlten Posten am Hamburger Arbeitsamt auszufüllen, obwohl es einer alten guten Gewohnheit entspricht, daß moralisch disqualifizierte Personen weder Staatsbeamte noch Staatsangestellte sein können? Und wenn dies richtig sein sollte, ist man dann berechtigt, anzunehmen, daß es sich hier um eine notwen- dige Maßnahme handelt, ohne die die Demo- kratifizierung der Verwaltung, wie die Sozial- demokratische Partei sie auffaßt, nicht durch- zuführen wäre?

Kolonie Ungarn.

Ueber die Wirtschaftslage Ungarns macht das Agrarische Tageblatt Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß die vom Kriege unterpflügte Wirtschaft des Landes innerhalb der letzten drei Jahre in ihren Hauptzweigen vom ausländischen Kapital fast völlig überfremdet worden ist. Wir geben die tatsächlichen Mitteilungen des genannten Blattes wieder.

Englands Reedereien Furness, Withy and Co., Swan Hunter and Co. und Barrie mit den Bankhäusern Cox und Hambro haben durch eine Kapitalverdoppelung der Ungar. Fluß- und Seeschiffahrts-A.-G. 51 v. H. Aktien dieser Gesellschaft erworben und gründeten als River-Syndikat zur Ausnutzung des Donau- schiffahrtsgeschäftes mit 1,2 Mill. Pfd. die Danube Navigation Co. Das Ungarische Hafenamt eröffnete englischer Unternehmungs- sinn. Um die Besitzteile der Atlantica-See- schiffahrts-A.-G. wirbt eine englische Hand. Mit Zuwendung von 110 Mill. Kr. wandelte die Marconis Wireless Telegraph Co. Ltd. die Ungarische Bank und Handels-A.-G. in die British and Hungarian Bank Ltd. Mit nur 100 000 Pfd. desselben Konzerns wurde ein Teil dieser mächtigen ungarischen Handels- zentrale nach London gelegt, um den Handel mit den Donaufaaten und dem Orient zu über- wachen. Eine englische Gruppe bemächtigt sich Ungarns Chino- und Magnesitindustrie, wie England überhaupt die chemische Industrie Ungarns zu beherrschen wünscht. Die Gegen- stand des staatlichen Monopols bildenden Scharf- und Montanrechte für Mineralöl, Erd- gas und andere Mineralarten wurden auf einen unter Führung der Londoner Firma D'arcy Exploration Co. Ltd. stehenden Ring übertragen, für den wieder eine der größten Petroleumunternehmen der Welt, die Anglo Persian Oil Co. Ltd. die Haftung übernimmt. Schließlich hat sich eine Reihe großer Fabriken in Manchester zusammengeschlossen und für die Einfuhr von Textilwaren aller Art nach Ungarn die British East European Trading Agency Ltd. gegründet.

Frankreich hat in die nicht käuflich ge- wessenen ungarischen Staatseisenbahnen, denen schon Deutschland 500 Mill. Mark ge- liehen hat, 1 Milliarde Franken angelegt. Die Südbahn und ein ungarisches Schiffahrts- Transportunternehmen halten Franzosen in den Händen. An dem Wettlauf um die Budapester Hafenarbeiten beteiligten sich vor kurzer Zeit Schneider-Creuzot. Um die Plattensee-

Schiffahrt warb der Credit Lyonnais. Die Errichtung großer elektrischer Anlagen von Passau bis zum Schwarzen Meer zur Ausnützung der Donauwasserkraft plant mit dem Trust Vereinigte Elektrizitätswerke A. G. französisches Kapital. Vielerorts ist die Schweb- gruppe beteiligt. Die in der Union Européenne Industrielle et Financière in Paris vereinigten Geldgruppen wendeten 120 Mill. Kr. an die ohnedem schon in die Royal Dutch im Haag und in London, den größten Petroleumkonzern, einbezogene Ungar. Allgemeine Kredit- bank und damit auch an alle wirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen des alten Ungarn, über die die Bank verfügt. Eine fran- zösische Finanzgruppe, in deren Bereich schon Ofende, Trouville, Wiesbaden und Constanza gehören, legte in die Budapester Margareten- insel 300 Mill. Kr. an.

Italien fand in Ungarn mit 260 Mill. des Castiglioni-Holzkonzerns Eingang. Für 5 Mill. Lire wurde ferner die Agrar- und Rentenbank A. G. zur Banca Ungaro Italiana. Der Agrarbank gehörende Grundstücke, Fäbderanlagen in Fiume und Autoparks wurden einer italienischen Bank A.-G. verkauft. Ebenfalls kauften Italiener die Anlagen der Ganz & Co. Danubius in Rijeka. Mit 50 Mill. Lire gründete die Banca di Credito Commerciale die auch von der Budapester Holzbank unterstützte „Foresta“ Holz- verwertungs-A.-G. Der Ankauf von Ver- sicherungsgesellschaften ist im Zuge. Da- gegen haben einige englische und amerikanische Versicherungsgesellschaften, deren Prämien das Publikum nicht erschwingen kann, beschlossen, sich aus Ungarn wieder zurückzuziehen.

Schweden ist durch eine Stockholmer Zünd- holzfabrik vertreten, die in Budapest eine Fabrik- A.-G. gründen will.

Amerika bildete in Cleveland mit 8 Mill. Dollar The Ohio Export and Trading Co., um sich für fünf Jahre die in Amerika „last fashion“ gewordenen Kalclasserger Spitzen- industrie zu sichern.

Ungarn kauft mit Vorliebe Holz- werke an.

Rumänien ist daran, mit 100 Mill. Lei die Salgotarjaner Kohlenwerke in eine rumänisch-ungarisch-französische Aktiengesellschaft zu wandeln. Die Aktien der Kofild-Indu- strie, der Kronstädter Zellulosefabriks- A.-G. und die Papiere der Urikann-Zellulose- Kohlenindustrie A.-G. gingen gleichfalls in rumänischen Besitz über.

In Ungarn gibt es kaum mehr eine mit Ententemitteln nicht verknüpfte Bank und fast kein Industrie-Großunternehmen, das unabhängig geblieben wäre. Ja, davon ist sogar die Rede, daß sich an der für Besitz von über 1000 Joch zu leistenden Immobilien-Abfügungssteuer ein französisch-schweizerisches Konsortium interessiert und die Grundbesitze für französische Goldvaluta übernehmen soll, während die jährlichen Einkünfte von ihnen in Getreideabgaben zu leisten wären.⁴

An dem Beispiel Ungarns zeigt sich handgreiflich, wie es um die Wirtschaft der im Weltkriege unterlegenen Völker bestellt ist und welchem Zustande sie entgegengeht. An die Stelle des inländischen tritt das ausländische Kapital, entweder offen oder unter dem Schilde vorhandener Anlagen, die es seinem Ringe einverleibt, während

die Ausbeutungsrate gegenüber der einzelnen Arbeitskraft wie gegenüber der ganzen Wirtschaft des Landes schon kraft der stetig zunehmenden Verschlechterung der Valuta unablässig wächst. Ebenso handgreiflich zeigt sich jedoch an dem Beispiele Ungarns, daß die Beseitigung der kapitalistischen Organisation der Wirtschaft und ihre Umstellung auf gemeinwirtschaftliche Grundlagen keine Angelegenheit ist, welche die werktätigen Schichten des Volkes allein mit der Bourgeoisie ihres Landes abzumachen hätten. Die Aufrichtung der Gemeinwirtschaft ist nicht möglich ohne die Verjagung der fremden Schmarozer und sie müßte mit dieser Prozedur sogar beginnen, weil sie die unerlässliche Voraussetzung jeder eigenständigen wirtschaftlichen Organisation, jeder Konsolidierung von Land und Volk darstellt.

Landwirtschaft und Versailler Friede.

Von Fr. W. *)

Die katastrophalen Wirkungen des Friedensvertrages auf das deutsche Wirtschaftsleben räumen der Landwirtschaft keine Ausnahme ein. Sie, die vor die Notwendigkeit erhöhter Leistungen gestellt worden ist, kann innerhalb des gültigen Wirtschaftsjahres und innerhalb zumal der durch den Versailler Vertrag bewirkten besonderen Drosselung nicht einmal jene Produktivität entfalten, die nach den Ziffern der Vorkriegsjahre als angemessene Leistung in Rechnung zu stellen wäre. Vor einem halben Jahrhundert, als es noch den Trp eines Agrarstaates auf-

wies, war Deutschland in der Lage, etwa 40 Millionen Menschen aus eigener Kraft, nicht wesentlich abhängig von der Einfuhr, zu ernähren. Der hochentwickelte Industriestaat ernährt 67 Mill. Menschen — wurde die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft vermög der durch die industrielle Entwicklung bedingten technischen Vervollkommnung zwar gesteigert, so erforderte doch die Ernährung im Jahre 1913 eine Einfuhr von 12 Millionen Tonnen Lebensmitteln, worunter die hauptsächlichsten Güter, wie folgt vertreten waren:

Getreide (einschl. Reis, Mais, Kleie).....	für 1310 Mill. Mk.
Deilsamen u. Deilkuchen, Palmkerne, Kopra u. Kokosbohnen	„ 411 „ „
Vieh, Lammfett, Tran	„ 406 „ „
Eier	„ 194 „ „
Butter	„ 119 „ „
Obst	„ 73 „ „
Fische	„ 59 „ „
Geflügel	„ 56 „ „

Die Bevölkerung Deutschlands ist durch die Gebietsabtretungen um etwa 9 Millionen Menschen verringert worden, der Menschenverlust während der viereinhalb Kriegsjahre ist auf 5 750 000 Menschen berechnet worden. Möglich, daß in jenem verbrecherischen Konvent zyni-

*) Geschrieben im Frühjahr 1920.

bestelle um ein Viertel zu vermindern — die Mitteilungen des angesehenen englischen Volkswirtschaftlers J. M. Keynes, der in Versailles als Sachverständiger gehört wurde, lassen den Schluß zu — die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft reicht jedenfalls infolge der durch das ganze System der Versailler Bestimmungen erzielten Wirtschaftszerrüttung bei weitem nicht zu, selbst tiefgeschraubten Ansprüchen in der Ernährung der deutschen Bevölkerung zu genügen.

Nimmt man der deutschen Industrie die Kohle, die sie braucht, so treffen die verderblichen Rückschläge auch die deutsche Landwirtschaft. Ohne genügende Kohle-Belieferung keine zureichende Belieferung mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, riesige Verteuerung dieser notwendigen Güter, Erschwerung und Verteuerung der Reparaturen. Ohne Kohle auch keine Bautätigkeit (infolge der Kohlentribute, die wir zu leisten haben, arbeiten von 18 000 deutschen Ziegeleien etwa 2 000; die Zementindustrie, die früher 300 000 t Kohle im Monat brauchte, bekommt 65 000 t!), ohne Kohle Stillstand, Rückgang und Verfall auch der Landwirtschaft. Schlechte Rechner, die da die Gewinne der Bauern in der Kriegszeit für Gewinne halten, die die zunehmende Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion auszuhalten und wettzumachen vermögen! Noch schlechtere Rechner und volkswirtschaftliche Narren aber, die da meinen, durch prompte Erhöhung der Marktpreise für alles, was der Bauer liefert, käme man aus aller Verlegenheit!

Auch die künstlichen Düngemittel stehen der Landwirtschaft nicht mehr in dem Maße zur Verfügung wie ehemals. Kalk ist zum kostbaren Zahlungsmittel der glorreichen November-Republik geworden. Wie die ständige Blutabzapfung am deutschen Wirtschaftskörper wirkt, erwies schon das Jahr 1919, in dem infolge der gestörten Mechanik landwirtschaftlicher Produktion allein ein Fünftel der Kartoffelernte und ein Drittel der Zuckerrüben im Boden verkam. Weder war es ausschließlich der böse Wille sabotierender Besitzer, noch war es, wie es läppisch hieß, der Achtstundentag, der das bewirkte. Die Ursachen der Erscheinung lagen tiefer und waren in der durch den Kohlenraub bewirkten allgemeinen wirtschaftlichen Devastation zu finden.

Aber noch von anderen Gesichtspunkten aus als den eben dargelegten muß dem deutschen Bauer der Vertrag von Versailles und die durch ihn bewirkte Einrichtung Deutschlands als Ausbeutungsobjekt des alliierten Weltkapitals jener Anlaß sein, der ihm die ernsthafteste Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und der hilflos in ihr versangenen deutschen Regierung zur Pflicht macht.

Schon jetzt erscheint Deutschland durch die politischen Wirkungen des Versailler Vertrages in zwei feindliche Interessen- und Einflußsphären geteilt. Im Süden nährt Frankreich die Separationsgellüste einer heute wie stets unnational und antinational gestimmten Hochbourgeoisie, während gleichzeitig sein Einmarsch in das Ruhrrevier die Gefahr noch jeder Stunde ist. Im Norden aber nimmt England mit geschickter Hand Karten auf, die schon mehrmals im Lauf der Geschichte in seinem Spiel gemischt wurden. Die Aufteilung Deutschlands in Interessensphären ist das Ziel der in Versailles vereinbarten Politik Kapitalallianz. In ungenierter Weise hat man dieser Politik in jenem § 270 des Versailler Vertrages eine Formulierung bestimmter Absicht gegeben: „Die alliierten und assoziierten Mächte behalten sich das Recht vor, auf das von ihren Truppen besetzte deutsche Gebiet ein besonderes Zollregime für Einfuhr und Ausfuhr anzuwenden für den Fall, daß nach ihrer Meinung eine solche Maßnahme notwendig ist, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren.“ Eine Aufteilung und gar eine Zerreißung Deutschlands aber würde — abgesehen hier von allem, was sie politisch zu bedeuten hätte — eine Umrechnung der unverminderten Lasten in Formen sein, die jeden einzelnen noch drückender und ruinöser träfen. Die Folge der Umrechnung wäre u. a. für die landwirtschaftliche Bevölkerung die Uebererschuldung der Besitzer und ihre schließliche Vertreibung durch fremde Verkäufer, die Agenten der Kapitalallianz.

Es gibt nur eine Wirtschaft, die das deutsche Volk rettet, das ist die Gemeinwirtschaft, die nichtkapitalistische Wirtschaft.

Es gibt nur eine Politik, die die ehrlichen Menschen auf deutschem Boden treiben können, sie ist die gegen Kapitalwirtschaft und Kapitalallianz gerichtete Politik.

Man sagt noch nichts, wenn man sagt, die Abwendung des Untergangs Deutschlands wird bedingt durch die Zerreißung des Versailler Vertrages. Man mag dieses Schandstück kapitalistischer Weltpolitik betrachten wie man will, — eins kann man ihm nicht absprechen: die innere Logik. Selten stellt unter den großen, epochalen Verträgen der politischen Geschichte ein Dokument so klar und rücksichtslos den Geist und die beherrschende Tendenz der gesellschaftlichen Grundlage dar, wie es dieses Statut der kapitalistischen Imperial-Tendenz tut! Es ist das notwendige Produkt der kapitalistischen Weltverfassung. So mußte ein Statut des allgemeinen Verderbens aussehen, das länderfressend dahingehet, so und nicht anders mußte seine Wirkung auf die in den Mafstrom kapitalistischer Wirtschaft und

Politik gemorfen und in ihm zerbrechenden Staaten sein. Will man die Abwendung des Untergangs Deutschlands und will man dem unauslöschlichen Geßel der Verantwortlichkeit vor dem sittlichen Ernst menschlichen Gesellschafts-triebes gerecht werden, so muß man die Wurzel der Uebel austrotten wollen, so muß man die

Vernichtung der Kapitalwirtschaft wollen und auf dies erste und erhabenste aller politischen Ziele alle Kräfte des um sein Dasein, sein Leben und sein Herdfeuer ringenden Volkes zusammenfassen wollen.

Antikapitalistische Politik treiben heißt heute sittlich sein.

Alte Partei und Räte.

L. Die Ummwälzung in der Hauptstadt hatte den Volkzugrat der Berliner Räte ins Leben gerufen. Da die Räte allenthalben die Staatsgewalt in demselben Umfange ergriffen, in dem sie sie vorfanden, ging zunächst auf ihn die Rolle einer Zentralgewalt über. Tat dieser unter der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie stehende Volkzugrat, was seine Pflicht und seines Amtes war, so übernahm er die volle ausübende Gewalt, verhinderte jede wie immer geartete andere Regierung und in wenigen Tagen trat der Kongreß der Räte zusammen, der endgültig die revolutionäre Regierung schuf. Stattdessen vermeinte er — eine gemüthliche Vorstellung! — seine Exekutivgewalt durch die Koalitionsregierung des 9. November auf eine vor der Hand unbeschränkte Dauer ausüben zu lassen. Nur wenige Tage, und der Volkzugrat übertrug der Koalitionsregierung in aller Form die Vollmacht der Exekutive. Er erkannte damit die konterrevolutionäre Tat, die in der Bildung der Koalitionsregierung lag und die dem Zusammenwirken der alten Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratie ihren Ursprung verdankte, nicht allein an: das oberste Organ der Revolution ordnete sich — eine Folge engstirnigster Parteipolitik — der Konterrevolution ausdrücklich unter. Es war ein Erfolg, wie ihn sich beim jähen Zusammenbruch des alten Systems die Konterrevolution gewiß nicht träumen ließ. In der Hauptstadt hatte sie vorläufig die Hände frei.

Wie konnte sie sich nun gegenüber den revolutionären Räten im Lande zur Geltung bringen? Um als Regierung über den Räten zu stehen, mußte sie deren politische Gewalt an sich ziehen und sie ihres politischen Wesens entkleiden. Die Koalitionsregierung, die in den ersten Tagen ihres Daseins außer den kompromittierten Führern der alten Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratie noch nichts hinter sich hatte, war viel zu schwach, an einen offenen Konflikt zu denken. Aber es bot sich ihr der

Apparat und die Bureaukratie der alten Partei als ein sicheres Mittel dar, um zwischen sich und den revolutionären Räten eine unmittelbare Verbindung herzustellen. Indem die Bureaukratie geschlossen in die Räte eintrat, gewann die konterrevolutionäre Regierung innerhalb der Räte selbst ein Organ, daß die Interessen der Regierung verfolgte und um des eigenen Gegenjages und des Hasses wider die Räter willen trachten mußte, die Fortführung der Revolution und überhaupt jede revolutionäre Tätigkeit der Räte zu lähmen und zu durchkreuzen.

Hierbei wandte die Partei ihr Augenmerk zunächst den Soldatenräten zu, die sich größtenteils in den Händen der bürgerlichen Demokratie befanden. Der enge Pakt zwischen alter Partei und Bourgeoisie, der an zentraler Stelle zur Bildung der Koalitionsregierung führte, fand in jedem Soldatenrat durch das Zusammenwirken von Sozialdemokratie und bürgerlicher Demokratie sofort ein Widerpiel. So gelang es in kürzester Frist, die weitaus größte Mehrzahl der Soldatenräte hinter die Regierung zu bringen und ihr die Unterstützung der stärksten Formation zu sichern. Die Koalitionsregierung, die eben noch in der Luft hing, stand schon in wenigen Tagen auf einem schmalen, aber doch festen Boden. Indem alte Partei und bürgerliche Demokratie sich in den Truppenformationen immer fester einnisteten, verschafften sie sich die Machtmittel, um jeder wirklichen und durchgreifenden Bewaffnung der Arbeiterklasse entgegenzutreten und die Räte an der Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf neue Gebiete zu hindern. Zugleich fügten sie die Bureaukratie in ihrem Bestreben, sich der Kontrolle der Räte zu entziehen und über sie hinweg die zentrale Maschine der alten Verwaltung wieder in Gang zu setzen, die Räte aus dem Mechanismus der Verwaltung auszuschalten und damit gänzlich zu isolieren. Mit der alten Bureaukratie aber erwachten die alten staatlichen Gewalten zu neuem Leben.

Im Besitze jener Positionen ging die alte Partei zum Angriff über wider die Räte selbst.

Diese schloßen die Werkätigen nach Betrieben und Wirtschaftsstätten unmittelbar als wirtschaftende Einheit, als arbeitende Klasse zusammen. Sie sind die Werkzeuge für die Diktatur des Proletariats, der wuchtige Hammer, womit es sich als politische Einheit der Bourgeoisie unterwirft und als politische Einheit die Gesellschaft nach seinem Bilde gestaltet. Damit gehen die Räte nicht allein über das Parteiwesen der bürgerlichen Zeit hinaus, in schroffem Gegensatz treten sie ihm gegenüber. Denn Ziel und Zweck des bürgerlichen Parteiwesens, dessen Rolle am klarsten in den politisch entwickeltesten Gesellschaften der bürgerlichen Zeit, im demokratischen Staate, hervortritt, besteht darin, das Mittel der großen Wirtschaftsgruppen zu sein, politische Macht zu erkämpfen, um zur Macht zu kommen und allein oder gemeinsam mit anderen in der Regierung die politische Gewalt auszuüben. Der Gegensatz, in dem sich das Räteystem zum bürgerlichen Parteiwesen an und für sich befindet, besteht natürlich auch hinsichtlich der Arbeiterparteien. Kein größerer Widerspruch als Räte, die die politische Gewalt der Arbeiterklasse ausüben, und eine Arbeiterpartei, die neben ihnen und gegen sie nach der politischen Macht strebt. Nur eine Organisation, die eine Propagandaorganisation im Dienste der Räteidee und — trotz ihres Kampfes für die Eroberung der politischen Gewalt der Arbeiterklasse — kein Organ ist, um politische Gewalt zu übernehmen und auszuüben, läßt sich mit der Räteidee und der Räteherrschaft vereinbaren. Aber zwischen der Räteherrschaft und einer Partei, die, wie die alte Partei, selbst politisches Machtorgan sein will, konnte es nur den unverhüllten Konflikt, nur ein bedingungsloses Entweder-Oder geben. Entweder die Räte behaupteten die Macht oder die Partei verdrängte die Räte. Die Brunst und Liebe, womit die alte Partei, gestern noch der erbitterteste Gegner der Revolution, diese plötzlich umfing, hatte nur den einen Sinn und konnte nur den einen Zweck verfolgen, die Herrschaft der Räte zu stürzen und durch das eigene Parteitregium zu ersetzen.

Wenn aber die alte Partei auf die bürgerliche Form der Machtausübung zurückgriff, was anderes bedeutete es, als die Restauration des Klassenstaates und der kapitalistischen Bourgeoisie? Dieser Sinn trat auch sofort unzweideutig in die Erscheinung. Daß die alte Partei vom Tage ihres Eintritts an in den Räten die ausgeprochene Fraktionspolitik trieb, war dabei von untergeordnetem Belang. Größere Beachtung verdiente es schon, wenn sie die Räte von der Verbindung mit den Betrieben, den Wurzeln ihrer Kraft, zu lösen suchte, um sie

durch Neuwahlen nach parteipolitischen Gesichtspunkten in Organe ihres Parteiapparates zu verwandeln, ein Versuch, der erst später gelang. Entscheidend dagegen war die Propaganda für den Zusammentritt der National-Verammlung. Bestand die von der Revolution vollzogene Ummwälzung zu eigenem Recht, dann entwickelte sie sich fort kraft ihres revolutionären Eigenrechts durch die von der Revolution geschaffenen Organe. Fortentwicklung der Revolution zumal nach der sozialen Seite hieß daher Räteregiment. In dem Ruf nach der National-Verammlung lag die Verleugnung des Eigenrechts der Revolution und die Forderung, daß sie in ihrem vollen Umfange und in allen ihren Teilen nachzuprüfen und zu revidieren sei; die National-Verammlung trat den Räten als ein souveränes Parlament entgegen mit dem Zwecke, sie zu beseitigen und der Koalitionsregierung, der vorläufigen Regierung der vorläufigen Demokratie, als erweiterte Regierung das übliche bürgerliche Parlament zur Seite zu stellen. Sie bedeutete, daß die Revolution nicht durch, sondern gegen die Räte zu entwickeln, also durch die volle Konterrevolution abzulösen sei.

Danach läßt sich die absonderliche Gescheitheit der Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie ermessen, die, wie sie in der Revolution die Räte und daneben die Koalitionsregierung schuf, jetzt sich gegen die Angriffe der Konterrevolution auf die politische Stellung der Räte zur Wehr setzte, aber ihren Frontalsturm wider die Räte und die ganze Revolution, die Kampagne für die National-Verammlung mit allem Nachdruck unterstützte. Wollte der erste Rätekongreß die Revolution sichern, so mußte er die politische Gewalt ergreifen und dadurch den Zusammentritt einer National-Verammlung unmöglich machen; er mußte die Bewaffnung der Arbeiterklasse in die Wege leiten, die Koalitionsregierung beseitigen und eine revolutionäre Regierung schaffen. Da aber in der über die Situation entscheidenden Frage des Zusammentritts einer National-Verammlung und damit auch über die anderen Fragen, ob der Kongreß die politische Gewalt übernehmen und eine revolutionäre Regierung aufrichten solle, zwischen der alten Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratie keine Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art bestanden, fehlte der letzten jede Möglichkeit und jede Handhabe, der Festlegung der Räte auf die National-Verammlung und damit auf die Politik der alten Partei vorzubeugen. Es ist wesentlich ein Werk der Unabhängigen Sozialdemokratie, wenn der erste Rätekongreß durchaus das Gepräge einer Parteitreganstaltung der alten Partei und der bürgerlichen

Demokratie tragen konnte, die auch hier den Schildhalter der alten Sozialdemokratie abgab.

Die alte Partei bemächtigte sich des Kongresses und machte ihn zu einem Werkzeug ihrer Politik. Damit tat sie ungleich mehr, als daß sie durch die Bildung der Koalitionsregierung entstandene Lage durch das Parlament der Revolution befähigen ließ. Jedem die mehrheitssozialistische Mehrheit des Kongresses den Vollzugsrat der Räte und in ihm die Räte selbst ihres politischen Wesens entkleidete, zerbrach sie die Stellung der Räte gegenüber der Bureaucratie, die auf diesem politischen Wesen ruhte. Nicht allein, daß von einer Kontrolle der Bureaucratie und ihrer Ersetzung durch Volksorgane unmöglich mehr die Rede sein konnte, — es entfielen auch alle Rechte und Machtbefugnisse, die die Revolution den Räten verliehen hatte, so daß alle Rechte und Befugnisse der alten Bureaucratie im alten Umfange wieder herzustellen waren. In dem die Parteimehrheit des ersten Rätekongresses sich für die National-

Versammlung und damit für die schrankenlose Nachprüfung der Revolution im Sinne der alten Gesellschaft aussprach, dankte sie die Revolution vollständig in die Hände der Konterrevolution ab. Der Kampf der Konterrevolution um die volle Macht und um die volle Restauration konnte beginnen. Er begann, indem die Parteimehrheit des ersten Rätekongresses die Bahn frei machte für das Partiregiment der alten Sozialdemokratie, die den festen Kern und die eigentliche Unterlage der Koalitionsregierung bildete und ihr in den gewerkschaftlichen Organisationen eine breite Unterlage in den Massen zur Verfügung stellte. In dem Kampf der Konterrevolution um die volle Macht und die volle Restauration bildet die Aufrichtung des Partiregiments der alten Sozialdemokratie in Staat, Stadt und Gemeinde die erste Phase, die ihren Inhalt empfängt durch die in der Beseitigung des politischen Wesens der Räte liegende Weisung, die alte Bureaucratie und die alte Staatsautorität nach ihrem vollen Gehalt wieder herzustellen.

Freie Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus. E. V. Sitz Hamburg.

Alle Zuschriften sind zu richten an den Vorsitzenden: Dr. Heinrich Laufenberg, Altrahlsiebt bei Hamburg, oder an den Schriftführer: Fritz Wolffheim, Hamburg, Haffelbrookstraße 16, I. Etg.

Freunde, werbt für den Volkswart!

Zahlungen für den „Hamburger Volkswart“ werden erbeten unter „Hamburger Kulturverlag“
Postcheckkonto 59871 Hamburg.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Heinr. Laufenberg, Altrahlsiebt.
Verlag: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 30.
Druck: Heinr. Koch, Glückstadt.

Hamburger Volkswart

Parteilose Halbmonatschrift für klassenlosen Aufbau und
revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang

Nr. 8 vom 30. November

1921

Inhalt:

Oberland.

Aßen gegen Amerika.

Will August Winnig einen Meineid leisten.

Sturmsang.

Nach dem 6. November.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint am 15. und letzten eines jeden Monats.

Bezugspreis: Vierteljährlich Mk. 6.—. Bei betriebsweisem
Bezug ab 5 Exemplaren Mark 5.— pro Exemplar vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: Mk. 1.—.